

Grünke, Gertrud Hagen, Dr. Ulrich Treichel, Johannes Hirschgänger, Rosemarie Burmeister, Werner Klein, Hans-Georg Mencke, Lothar Peukert, Gerda Holtz, Paul und Irmgard Becker, Helene Jankowiak, Christel Liebermeister, Charlotte Kresin, Gerhard Teschke, Engelbrecht, Georg Rockel, Benno Rosin, Elisabeth Autenrieb, Wulf Scupin, Bruno Wojewski, Willi Roschwig, Liesekotte Steinhoff, Horst und Margareta Fröhlich, Hans O. und Elisabeth Rathje, Elly Jacobs, Traute Goepfner, Liesbeth Nickel, Ingelore Willems, Anna Karp, Elsbeth Patschke, Helmut Guse, Erika Hilbrand, Horst Tritscher, Inge Lentz, Horst Godthardt, Eva Maria Koch, Martin und Ingeborg Haese, Irene Lippe, Karl Rode, Ursel Bimmermann, Ursula Eike, Helga Rheinländer, Maria Kümmel, Erika Fleischer, Hermann und Ruth Meyer, Liselotte Fischbach, Siegfried und Elisabeth Stamm, Dr. Nik. Sieboldt, Joh. und Doroth. Drowing, Heinz und Elsbeth Münter, Karl-Hans Baasner, Erika Fuchs, Gerhard und Charlotte Grünke, Marianne Brandt, Hildegard Horvath, Waldtraud Zatrieb, Walter Schoennagel, Günther Lenz, Dr. Liselotte Roecke, Hildegard Alter, Eitel Pahnke, W. Schaffrath, Gerhard Martens, Ernst Marquardt, Edith Schröder, Hildegard Dieckhoff, Erich und Irmgard Annuth, Helene Feyerke, Günter und Ursula Millahn, Martin Kriese, Ulrich und Ursula Klammer, Antonie Feyen, Martha Gehrman, Klemens Slowy, Dr. Wolfgang Gommel, Edith Stumpp, Siegmund und Hanna Bartsch, Thea-Edwina Leitreiter, Ursula Groß, Gerda Krause, Erika Uecker, Wolfgang Drost, Waldemar Dross, Ilse Friedrich, Günther Nicolaus, Christlinde Blatt, Günther Hoffmann, Lothar und Karola Schubert, Ruth Pietzner, Harald Gochrt, Maria Retzlaff, Hans Czoske, Bernhard Meironke, Gisela Kratzberg, Reinhold Pallasch, Siegfried Bistron, Heinz und Maria Krause, Else Werkmüller, Else Neeff, Adelheid Franz, Wolfgang Ziganek, Eva Wischnewski, W. Lüdtke, Jürgen Wessel, K. und H. Ning, Magdalena und Georg Willner, Gertrud Tüchel, Heinz Wittke, Elfriede Krimmel, Rolf März, Christel Kapahnke, Trude Wiebe, Ingeborg Fromm, Viktoria-Carola Keil, Alfons Klatt, Ursula Flier, Herta Thomas, Reinhold Mielke, Gerhard Behrendt, Landsmannschaft Ostpreußen, Herta Dudenhöft, Manfred Gedigk, Brunhilde Scheffler, Reinhard Frankowski, Elfriede Lange, Lothar Krüger, Fritz Passow, Walter Ruschau, Friedrich Höne, Annemarie Kleist, Dorothea Brohmer, Ungenannt, Annemarie Wiens, Werner und Frieda Fietkau, Erich Surau, E. Ohms, Christel Neste, Heinz Höhn, Ungenannt, Friedrich Hoffmann, Heinrich Wächter, Klara Otto, Gerhard Schreier, Ruth Wenk, Lothar Goertz, Helmut Öhne, Willi und Ilse Schulz-Holland, Johannes Hoehn.

Spendenkonto

Konten des „Danziger Förderkreis e.V.“, HAUS HANSESTADT DANZIG, Engelsgrube 66, 23552 Lübeck, bei Commerzbank AG Lübeck Nr. 140 350 (BLZ 230 400 22) oder Postgirokonto Hamburg 388 48-208 (BLZ 200 100 20).

Niederlassungsfreiheit ersetzt kein Heimatrecht

Als seine Vision und wichtigste gegenwärtige Aufgabe bezeichnete Helmut Kohl den Ausbau des Hauses Europa, in dem die Vertriebenen und Aussiedler Bindeglied werden können zwischen Ost- und Westeuropa. Wirtschafts- und Währungsunion, ein stabiler Euro, die Einbeziehung Mittel- und Osteuropas in die europäischen Strukturen und die Vertiefung der Zusammenarbeit mit den östlichen Staaten sind Aufgaben, die jetzt in Angriff genommen werden müssen.

„Die Charta der deutschen Heimatvertriebenen, dieses großartige Dokument, das Rache und Vergeltung ablehnt, kennen viel zu wenige“, sagte Bundeskanzler Helmut Kohl bei der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU (OMV) in Bonn-Bad Godesberg.

Die Vertriebenen, so Kohl, waren diejenigen, die sich aktiv am Aufbau der Bundesrepublik beteiligten und die Idee Stalins, durch Verschiebung von Menschenmassen eine Radikalisierung Mitteleuropas herbeizuführen, durchkreuzten.

Lob und Anerkennung zollte Kohl als CDU-Bundesvorsitzender der OMV, die sich in der CDU/CSU für die Anliegen der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler einsetzt. Er erinnerte an frühere Kollegen, wie Dr. Czaja, die gegen den Zeitgeist die ostdeutsche Geschichte wachhielten. Dies werde gegenwärtig viel zu wenig gewürdigt. Dank stattete der Kanzler auch dafür ab, daß die OMV in der Frage der deutschen Einheit nie wankte, sich von Stimmungen nie leiten ließ.

In diesem Zusammenhang sieht der Kanzler auch die Deutsch-Tschechische Erklärung, die mit Leben erfüllt werden muß. Er versicherte, daß im Gesprächsforum und Zukunftsfonds von deutscher Seite aus die Sudetendeutschen keinesfalls ausgegrenzt werden, daß die deutschen Interessen von der Regierung wohl gesehen werden und eine Nichtbeteiligung der Betroffenen unakzeptabel ist.

Der Bundeskanzler hofft, daß nach Abschluß der Personalbesetzung offene und faire Gespräche geführt werden, getragen von gegenseitigem Respekt und Verantwortung für kommende Generationen.

In der mit den Delegierten zum Teil kontrovers geführten Diskussion, für die der Kanzler viel Zeit mitgebracht hatte, wurden Fragen zur Deutsch-Tschechischen Erklärung und zu den Benesch Dekreten gestellt.

Auch zu geschichtlichen Ausstellungen, die die Vertriebenen nicht berücksichtigen, zu den deutschen Schulbuchempfehlungen, die dringend nachgebessert werden müssen, zur Besetzung von Regie-

rungsdelegationen, die die östlichen Länder besuchen, mit Vertretern der Vertriebenen, zu einem eventuellen Zukunftsforum auch für die anderen deutschen Ostgebiete sowie die zur Zeit völlig ungenügende Mitarbeit der Vertriebenen in der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und im Jugendwerk wurde Stellung genommen.

Auch der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der die Grüße der CSU überbrachte, hatte das geeinte Europa mit der damit verbundenen Hoffnung auf Heimat- und Volksgruppenrecht zum Thema seiner Rede gewählt. Im neuen Europa, zu dem 36 Staaten gehören, macht in vielen Ländern die namengebende Bevölkerung nur 60-70 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Nach dem Zerfall Osteuropas wurde klar, welche Konflikte Minderheitenfragen auslösen können, und dies am eklatantesten in Jugoslawien.

Stoiber wies darauf hin, daß die Osterweiterung der NATO und Europäischen Union eine Chance bieten, ethnische Spannungen zu lösen. Die berechtigten Forderungen der Minderheiten müssen im positiven Recht festgelegt werden. Das sind Fragen der Kultur, der Amtssprache, der Ortsnamenschilder und des Heimatrechts.

Der Ministerpräsident setzte sich mit dem Heimatbegriff auseinander, den der tschechische Staatspräsident Vaclav Havel im April in Bonn definierte. Heimat ist nicht Nationalstaat, betonte Stoiber, auch nicht irgendeine europäische Idee. Heimat ist das Regionale, ist nahe und konkret, ist identitätsstiftend. Das Recht auf Heimat hat eine präventive Funktion, es soll Vertreibung verhindern. Er sprach den deutschen Heimatvertriebenen seine Anerkennung dafür aus, daß sie immer auf ihrem Heimatrecht bestanden haben.

Auch wenn vieles 50 Jahre nach Krieg und Vertreibung der Deutschen nicht mehr gutgemacht werden kann, sagte der Ministerpräsident, sind symbolische Gesten der Vertreiberstaaten rasch möglich. Schon die Rückgabe der „historischen Heimat“ könnte viele Wunden heilen. Mit Mut zur ganzen geschichtlichen Wahrheit können viele Probleme gelöst werden.

Zum deutsch-tschechischen Verhältnis führte Stoiber aus, daß eine personelle Ausgrenzung der Sudetendeutschen aus dem Gesprächsforum für ihn nicht in Frage komme. Ausgrenzungen dürfen nicht zur Methode des deutsch-tschechischen Dialogs werden, die Probleme können nur gelöst werden, wenn sich Deutsche, Sudetendeutsche und Tschechen an einen Tisch setzen.

Ein geeintes Europa, betonte Stoiber, bringe gute Chancen für einen Ausgleich

zwischen allen Nachbarn. Die Vertriebenen haben dies schon in ihrer Charta vor einem halben Jahrhundert formuliert und waren dadurch Vorkämpfer für Heimat- und Volksgruppenrecht in Europa.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Dr. Horst Waffenschmidt, forderte die OMV auf, weiterhin aktiv bei der Integration der Aussiedler mitzuwirken. Immer noch gebe es den Beschluß des Bundesrates mit Mehrheit der SPD-geführten Länder auf Antrag des Landes Rheinland-Pfalz, den Rußlanddeutschen das kollektive Kriegsfolgen-schicksal abzusprechen und nur bei Nachweis eines individuellen Vertreibungs-schicksals, der kaum erbringbar ist, die Aufnahme zu erteilen. Er werde sich nachdrücklich gegen diese Initiative einsetzen.

Waffenschmidt sprach über die Änderung des Wohnortezuweisungsgesetzes, das bis Juli 2000 verlängert wurde und dann endgültig auslaufen soll. Es diene der besseren Akzeptanz der Aussiedler in der Bevölkerung. Eine gleichmäßigere Verteilung auf die Bundesländer verbessere die Integrationschancen.

Zum Thema Rentenkürzungen für Aussiedler und Kürzung bei der Anerkennung der Kindererziehungszeiten gab Waffenschmidt zu bedenken, daß bei der Diskussion um die versicherungsfremden Leistungen, zu denen auch die Fremdrenten gehören, ein Konsens gefunden werden mußte. Bei Abschaffung des Fremdrentengesetzes, wie es von der SPD gefordert wurde, wären viele Aussiedler auf Sozialhilfe angewiesen.

Aussiedler sind ein Gewinn für unser Land, so Waffenschmidt, es ist eine politische und moralische Pflicht, sich um ihre Anliegen zu kümmern.

Der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung in der CDU/CSU, Helmut Sauer, der in seinem Amt mit 96,8 Prozent der Stimmen bestätigt wurde, ging in seinem Bericht an die Delegierten auf die geleistete Arbeit, die politischen Ziele und die zu bewältigenden Probleme ein. Er wies darauf hin, daß in der CDU/CSU-Fraktion die Probleme der Vertriebenen und Aussiedler gut bekannt sind, was beim CSU-Parteitag in München und vorher bei der CDU in Leipzig deutlich wurde, jedoch nicht zur vollen Zufriedenheit der Betroffenen zu Äußerungen in Prag und Warschau geführt habe.

Die Vertriebenen haben, so Sauer, wie alle anderen deutschen Stämme auch, Heimatbewußtsein, sie wollen ihre Identität bewahren und als großartigen Schatz ihr kulturelles Erbe nach Europa einbringen. Heimatrecht und Selbstbestimmung müssen auch für die deutschen Vertriebenen möglich sein. Diese haben schon in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen auf Rache verzichtet, sie verbitten sich ein für allemal, ewig als Friedensstörer hingestellt zu werden und lassen

sich von niemandem in eine radikale Ecke rücken.

Mit der Losung des CDU-Parteitag in Leipzig „Heimat-Vaterland-Europa“ kann sich die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung identifizieren, sagte Sauer. In der Arbeit richtet sie sich nach der Charta der Heimatvertriebenen. Da Krieg und Vertreibung nicht gegeneinander aufgerechnet werden können, Kollektivschuld nicht akzeptiert werden kann, muß die Prager Erklärung aus Sicht der Vertriebenen im Gegensatz zur Bundesregierung negativ beurteilt bleiben.

Die OMV setzt sich dafür ein, Volksgruppenrechte zu sichern, Minderheitenrechte einzufordern und verletztes Recht soweit wie möglich wieder gutzumachen. Sie betrachtet, so Sauer, die Heimat als Erbe und Auftrag. Sie bekundet ihre Solidarität mit den Anliegen der in der Heimat verbliebenen Landsleute und mahnt die Mitarbeit der Vertriebenen in der grenzüberschreitenden Arbeit an. Außerdem setzt sie sich für die Landsleute ein, die als deutsche Aussiedler nach Deutschland kommen. Der Bundesvorsitzende bedankte sich für die Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit, die sicherlich noch umfassender sein könnte, die sich aber seit der Regierungsübernahme durch die CDU/CSU im Jahre 1982 immerhin vervielfacht hat. Leider haben sich einige Länder aus dieser Verantwortung teilweise zurückgezogen. Sauer griff in diesem Zusammenhang scharf SPD, Grüne und PDS an.

Was die Ostpolitik betrifft, verwies er auf den Antrag des Bundesvorstandes der OMV, die Unterschriftenaktion des Bundes der Vertriebenen „Aufruf zur Solidarität: Nur Gerechtigkeit schafft Friede“

Auf Kriegsfuß mit der Muttersprache

In einer dpa-Meldung hieß es kürzlich, daß ein rumänischer Abgeordneter einen Gesetzesentwurf zum Schutz der rumänischen Sprache gefordert hat. Der Senator so heißt es bei dpa - begründete seinen Vorschlag mit der heiligen Pflicht, die Achtung und Kultivierung der rumänischen Sprache zu überwachen, als „Kernkomponente unseres Wesens“.

Manche mögen jetzt diese Initiative belächeln, aber betrachtet man unsere eigene Situation in Deutschland, so wird man dabei eher nachdenklich. Wie gehen wir eigentlich mit unserer Muttersprache um?

Gerade wird in allen 16 Bundesländern heftig darüber gestritten, daß eine Rechtsschreibreform dringend nötig, bzw. überflüssig sei. Die Sprache müsse leichter gemacht werden, hört man, weil es Mühe

den“ voll zu unterstützen. Dieser wurde von den Delegierten einstimmig angenommen. Damit sei ein heimatpolitisch enger Schulterschluss zwischen OMV und BdV für die Öffentlichkeit sichtbar. Die OMV ist für den Beitritt der ost- und mitteleuropäischen Staaten zu NATO und EU, aber mit Berücksichtigung der deutschen Vertriebenen und deren Interessen. Die Vertriebenen sagen deutlich, daß eine Niederlassungsfreiheit nicht gleichzusetzen ist mit dem Recht auf die Heimat.

Auch in Zukunft wird die OMV bestrebt sein, die Arbeit in den Heimatgebieten zu intensivieren, die guten Ansätze im gegenseitigen Verstehen und Aufarbeiten der Vergangenheit auszubauen und die Anliegen der deutschen Vertriebenen, Aussiedler und Heimatverbliebenen weiter zu vertreten.

Hartmut Koschky, MdB, der Leiter der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge in der CDU/CSU-Fraktion, stellte in einem Grußwort die Arbeit dieser Gruppe vor. Die 28 Mitglieder der Arbeitsgruppe arbeiten ausschlußübergreifend an allen Fragen mit, die die Belange der Vertriebenen und Aussiedler betreffen. Die Arbeitsgruppe hält Kontakt zum Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften und ist bestrebt gegenüber Bundesregierung und Bundestag die Gesetzgebung für diese Bereiche zu beeinflussen. Ein Arbeitsschwerpunkt ist der Dialog mit Repräsentanten der ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie Besuche in diesen Ländern, um mit den dort noch lebenden Deutschen Kontakte aufzunehmen und sinnvolle Projekte durchzuführen.

WALTRAUD STEINER (DOD)

macht, ihre korrekte Schreibweise zu erlernen. Oder vielmehr, weil man sich nicht mehr dieser Mühe unterziehen will, wie es alle Generationen vor uns tun mußten. Ist unsere junge Generation dümmer geworden, oder wenn will man damit entgegenkommen?

Oder greift hier wieder das Prinzip „was man nicht in den Griff kriegt, wird eben in den Anforderungen herabgesetzt oder siehe die Diskussion um die Straflosigkeit von Ladendiebstählen in der Bewertung für minder bedenklich erklärt?“

Betrachtet man die dpa-Meldung genauer, so liest man bei dem Antrag des rumänischen Abgeordneten auch eine gewisse Angst vor einer Überfremdung her aus. Kein importiertes Produkt dürfe ohne rumänische Gebrauchsangabe in der Bevölkerung präsentiert